

Er scheint täglich außer Sonntags, Feiertagen und an den Wochentagen zu erscheinen...

Unterjohannis-Behälter betragt für die fünfzehnjährigen Dienstjahre oder deren...

Kornpreis - Anschlag vom 1. Okt. 1892.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 19. Oktober 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Zum Parteitage!

Den Parteigenossen dient zur Nachricht, dass die Mandats-Formulare mit den gedruckten Referaten gegen Ende dieses Monats an die beim Parteibureau...

Berlin, 18. Oktober 1892.

Mit sozialdemokratischem Gruss

Der Parteivorstand.

Die sozialdemokratische Agitation auf dem Lande.

Als auf dem ersten sozialdemokratischen Parteitage nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes die ländliche Agitation besonders scharf ins Auge gefasst wurde, ging ein Schrecken durch die agrarischen Kreise...

Agitator schon allein dadurch, dass Junker und Pfaffe auf ihn schimpfen und der Gendarm hinter ihm her ist, die Gemüther. Und gerade in den Gegenden, wo Junker und Pfaffe in innigster Gemeinschaft herrschen...

Unter den Ursachen der „Sachsendüngerei“ stehen oben an die traurigen, zum Theil menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse unserer ländlichen Arbeiter. Es ist, und zwar leider besonders auf großen, den wohlhabendsten Besitzern gehörigen Gütern keine Seltenheit...

industriellen und ländlichen Arbeitern... Und da wundert man sich, daß die ländlichen Arbeiter in die großen Städte und Fabriken drängen, um die Vortheile auch zu genießen?!

Dr. Richter empfiehlt als Mittel zur Abwehr der Uebelstände: den Einsatz baupolizeilicher Vorschriften für das flache Land und eine strenge Ueberwachung der ländlichen Arbeiterwohnungen...

Der Kreis, aus welchem diese elenden Zustände geschilbert werden, ist der Wahlkreis des Herrn v. Karst, des Hauptpatrons der Kornzöllner und Brotvertheurer. In ihm liegen die großen Standesherrschaften des Prinzen von Kurland und des preussischen Kronenprinzen...

Der „Schutz der Landwirtschaft“ ist hier wie immer der Schutz der agrarischen Junker, als ob nicht, wenn von einem Schutz der Landwirtschaft die Rede ist, in allererster Linie der Schutz der landwirtschaftlichen Arbeiter in Frage kommen müßte...

Feuilleton.

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner. „Den Rückzug?“ rief Otto. „Das möchte ich lieber nicht hören. Ja, wenn es die Geschichte vom Rückzug des verfolgten Feindes wäre...“

Wagen fielen um und zerdrückten die sich dazwischen drängenden Fußgänger. Wir wurden vom Verband gelöst, der plötzlich verschwand, auseinandergerissen. Man rief uns zu „Rettet Euch“.

verpestet. Todte auf den zerstampften Getreidefeldern, tothschwarze Körper, die Augen aus den Höhlen... „Genug, genug!“ schrieen die Mädchen.

















## Der Müggelwald als Berliner Stadtpark.

In einem vorausgegangenen Artikel haben wir nachgemessen, daß die Müggelwälder der schrittweisen Verheerung durch das Privatkapital verfallen werden, wenn nicht im Gesamtinteresse der erholungsbedürftigen Bevölkerung Berlins bald und energisch dagegen Einspruch erhoben und Maßregeln ins Werk gesetzt werden, durch welche die Verfügung über diese Waldungen einer nur vom beschränkten Kirchthumsinteresse geleiteten Klein-Stadtvverwaltung entzogen wird.

Denn darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß durch noch so bewegeleiche Vorstellungen bei der Köpenicker Stadtverwaltung keinerlei Berücksichtigung allgemeiner Interessen, so fern sie mit dem Köpenicker Sonderinteresse in Widerspruch stehen, erreicht werden kann. In erster, in allererster Linie lassen sich die Köpenicker selbstverständlich von ihrem fiskalischen Interesse leiten. Es kommt ihnen darauf an, daß aus dem Gemeindefonds so viel wie möglich herausgeschlagen wird. So lange die Berliner Hauspekulanten ihr begehrt Auge noch nicht auf die Waldgebiete auf der Müggelinsel geworfen hatten, mußten sich die Köpenicker mit der fortwährenden Ausbeute begnügen. Das Kapital, das man aus dem Verkauf eines Grundstücks als Baugrund lösen kann, bringt aber an Zinsen jährlich eine erheblich höhere Geldsumme ein, als durch die Beforstung herausgeschlagen werden kann. Der Nutzen der Wälder als Erholungsgrund dagegen kommt für die Bewohner der unmittelbaren ihrer Nähe gelegenen Kleinstadt erheblich weniger in Betracht als für die der entfernteren Weltstadt. Dem Köpenicker, der landeinwärts von seinem Heimatsort ans den Weg nach den Müggelbergen einschlägt, macht es auch herzlich wenig aus, wenn das hier gegenüber Grünau oder Friedrichshagen durch Willensquartiere verdrängt wird. Also das Köpenicker Sonderinteresse geht auf möglichst günstige Veränderung der Wälder hinaus, und in unserer kapitalistischen Zeit kann man es den auch nicht durchweg auf Kosten gebetteten Einwohnern des Städtchens zwischen Dahme und Spree nicht verargen, wenn sie der Möglichkeit, auf solche Weise vielleicht ihre gesammelten Kommunal-Kassen los zu werden, mit Wohlgefallen entgegensehen.

Es ist also gar nicht daran zu denken, daß die Köpenicker im Eigeninteresse von der weiteren Veräußerung ihres Waldgebietes Abstand nehmen werden, so kann man auch noch weniger seine Hoffnung darauf setzen, daß die Nachfrage nach Baugrund in jenem Gebiete demnächst aufhören könnte. Im Gegenteil, sobald einmal das Eis gebrochen, sobald erst einige Willensreichen in dem Dreieck zwischen Spree und Müggelsee hinter dem Willensquartier rasen werden, ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß auf jenem prächtigen Flecken bald eine ganze Willensstadt emporwachsen wird, wie ja jetzt schon viel weiter hinaus in den Wäldern von Rahnsdorf und bei Bessendorf am Tameritzsee Willensquartiere in die Höhe schießen. Also nur das Mittelmittel der Enteignung kann da Abhilfe schaffen.

Frägt man nun: Wer soll denn an Stelle Köpenicks in Besitz und Verwaltung des Waldgebietes auf der Müggelinsel übergehen, so ergibt sich die Antwort aus den Interessverhältnissen von selbst. Den überwiegenden, wenn auch nicht ausschließlichen Nutzen aus der Erhaltung des Müggelwaldes wird die Bevölkerung Berlins ziehen; es gebührt sich daher, daß die Kommune Berlin die aus dieser Erhaltung erwachsenden Kosten und Pflichten übernimmt. Man kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen von dem Staate nicht verlangen, daß er mit seinen Mitteln für eine Sache eintritt, die nur einer engbegrenzten Gegend zu Gute kommt, und dann ist die Kommune, weil sie die Hauptinteressentin ist, auch an sich die geeignetere Organisation zur Übernahme der Verwaltung dieses Gebietes.

Somit kommen wir zu dem Vorschlag: Die Kommune Berlin soll den Müggelwald (die gegenwärtigen Köpenicker Stadtparke auf der Müggelinsel) nach erfolgter Enteignung als städtischen Park in Besitz und Verwaltung nehmen, um ihn für die erholungsbedürftige Bevölkerung Berlins vor der Verheerung durch die Privatspekulation zu retten.

Die Enteignung an sich, um vorerst diese Frage zu erledigen, bereitet keinerlei Schwierigkeiten. Der Staat ist jeder Zeit bereit, wenn es das Gemeinwohl erfordert, Grundstücke zu expropriieren, mögen sie im Besitz von Privatpersonen oder von Körperschaften sein. Derartige Enteignungen finden fortwährend zum Zwecke öffentlicher Anlagen aller Art statt. Und ebenso selbstverständlich ist der Staat berechtigt, ein derartig enteignetes Grundstück unter gewissen Bedingungen, welche dessen Verwendung im öffentlichen Interesse sichern, in den Besitz einer anderen Körperschaft zu übergeben zu lassen. Die Enteignung geht in der Weise vor sich, daß der Ausgeworfene des jeweiligen Gebietes von Sachverständigen in einer für den Eigner möglichst günstigen Weise abgeschätzt und dann als Kaufpreis festgesetzt wird. Es würde sich also im vorliegenden Fall darum handeln, den Reinertrag aus der forstlichen und sonstigen Bewirtschaftung zu ermitteln. Dieser Jahresertrag kapitalisiert würde dann den Kaufpreis bilden, den die Gemeinde Berlin der Gemeinde Grünau zu zahlen hätte. Dagegenfällt mag bleiben, ob darüber hinaus auch noch eine Entschädigung für die mögliche Anhebung eines Grenzstrichs als Baugrund zu zahlen ist. Einen unbedingten Anspruch auf Berücksichtigung dieser Verwertungsmöglichkeit hat jedenfalls die Gemeinde Köpenick nicht, da ihr ein solches Veräußerungsrecht über die Stadtforste nicht zusteht, sie vielmehr für jede Veräußerung an die Zustimmung der Regierung gebunden und erforderlichenfalls zur Aufforstung einer Teilparzelle an Stelle des abgeholzten Waldes verpflichtet ist.

Bedenken rufen ferner die Kosten entgegen, welche der Kommune Berlin aus der Verwaltung des Müggelwaldes als Stadtpark erwachsen können. Wenn indes hier von einem Stadtpark die Rede ist, so ist darunter nicht eine Anlage nach Art des Ziergartens, Friedrichshains oder Humboldthains zu verstehen, bei denen auf eine wirtschaftliche Ausnutzung völlig verzichtet wird. Im wesentlichen kann dieses weite Gebiet noch immer forstlich verwertet werden. Das Erholungs-suchende verlangt ja vor allem Wald, Wasser und Hügelgelände. Nur an einzelnen besonders günstig gelegenen Punkten mag die verschönernde Hand des Parkgärtners der Natur nachgeben, soweit eben die städtischen Finanzen solche Extra-Aufwendungen gestatten. Einwaige Weidstücken, welche durch die forstliche Ausnutzung des Waldes nicht gedeckt werden, lassen sich vorläufig in kurzer Zeit wieder einbringen durch die Anlage und Verpachtung von Restaurationen an geeigneten Oertlichkeiten. An den Nutzungswert der Verwertung der Anlagen, wodurch ein zahlreicher Besuch herbeigeführt werden wird, der Gemeinde Berlin nicht entgegen zu lassen, wäre es auch möglich, das Müggelgebiet, das jetzt im Privatbesitz der Brauerei Friedrichshain ist, gleichfalls zu expropriieren. Denn die Vorteile aus den Auswendungen der Kommune müssen auch der Kommune, nicht aber Privatpersonen zu Gute kommen.

Wenn nun die Umwandlung des Müggelwaldes zu einem Berliner Stadtpark sowohl wünschenswert wie thunlich ist, so leidet Berlin mit erheblichen Kosten belasten würde, so bleibt noch der Weg zur Erreichung dieses Ziels anzudeuten. Da sind denn wohl die Arbeitervertreter in der Stadtverordneten-

versammlung dazu berufen, die Sache im rothen Hause zunächst zu betreiben. Eine Volksbewegung in Berlin würde ihrem Vorgehen den nötigen Nachdruck verleihen. Denn es ist wohl zweifellos, daß gerade die arbeitende Bevölkerung Berlins die Wichtigkeit eines solchen Volks-Erholungsgrundes erkennen und für dessen dauernde Sicherung eintreten wird. Gelingt es aber, von hier flüchtigen Plan zu verwirklichen, dann wird es auch vielleicht möglich werden, den Grunewald, der jetzt in den Händen des Staatsfiskus sich befindet, gleichfalls in Besitz und Verwaltung der Kommune Berlin übergeben zu lassen. Die wachsende Weltstadt bedarf ausgedehnter, der freiesten Benutzung offenstehende Landleplätze für ihre nach Luft, Licht und Bewegung sehnsüchtigen Volksmassen, die nur zum Spazierengehen eingerichteten Binnenparke genügen dazu nicht. Und deshalb rufen wir der Bevölkerung Berlins zu: Schützt eure Außenparke vor dem Privatkapital, so lange es noch Zeit ist!

## Soziale Ueberblick.

An die Zimmerer Deutschlands!

Vor Zugang nach Hamburg wird dringend gewarnt. Da in letzter Zeit wiederholt briefliche Anfragen bezüglich der Arbeit an uns gerichtet wurden, ferner auch durch die in letzter Zeit zureisenden Kameraden bestätigt wird, daß im übrigen Deutschland die Meinung stark verbreitet ist, in Hamburg sei jetzt nach Beendigung der Suche durch Niederreißung ganzer Stadtviertel (Seuchengeerde) und daß dadurch notwendig gewordenen Banen von gefundenen Arbeiterwohnungen außergewöhnlich viele Arbeit, so sei hierdurch zur Mittheilung, daß von alledem auch nicht das Geringste wahr ist. Wahr dagegen ist, daß Hunderte Familienwäiter schon wochenlang arbeitslos sind und täglich Entlassungen wegen Mangels an Arbeit in größerem Umfang vorgenommen werden und daß ferner die Entlassenen keine Aussicht haben, diesen Winter überhaupt, weder Zimmerer- noch sonstige Arbeit zu erhalten. Es ist also jeder, der sich verleiten läßt, in letzter Zeit nach Hamburg um Arbeit zu reisen, gezwungen, entweder sofort wieder abzureisen oder an der hiesigen Arbeitslosigkeit mit ihrer Erfolglosigkeit Theil zu nehmen. Letzteres kann jeder in seiner eigenen Heimat. Mit Gruß

Der Vorstand  
des Lokalverbandes der Zimmerer Hamburgs.  
J. A. Schuch.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Statistik der Branche der Holzbearbeitungs- arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Werthe Kollegen! Zunächst muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Kollegen den Werth einer Statistik noch nicht erkannt haben, sonst müßte die Beteiligung eine ganz andere sein. Es beteiligten sich daran 62 Fabriken mit 210 Kollegen, davon waren 110 Mitglieder unserer Korporation, 100 davon Nichtmitglieder. Dieselben vertheilen sich wie folgt: 75 Franke, 20 Wandfägenschnneider, 29 Kreislängschnneider, 16 Dekupierer, 23 Hobler, 22 Kehler, 5 Walzen, 4 Blockfägenschnneider und 22 Hilfsarbeiter und Aufseher. Das Ergebnis der Arbeit ist folgendes, die kürzeste beträgt 8 1/2 Stunden, die längste 11 1/2 Stunden, demzufolge der Durchschnitt 10 Stunden. In 11 Fabriken werden Ueberstunden gearbeitet, dieselben werden in 10 Fällen nach Lohn und in 1 Falle mit 10 pCt. Lohnzuschlag bezahlt. Der Durchschnittslohn der einzelnen Branchen beträgt: Walzen und Blockfägenschnneider 24 M., Dekupierer 20 M., Hobler 20 M., Wandfägenschnneider 21,50 M., Franke 21 M., Kehler 20 M., Kreislängschnneider 19,50 M., Hilfsarbeiter, Aufseher 18 M., mithin Durchschnitt 20 M. Die Familien der Kollegen zählen durchschnittlich 5 Personen, diese sollen von diesen 20 M. erhalten werden. Im verfloßenen Jahre waren 53 Kollegen 349 Wochen arbeitslos; die Zahl der kranken Kollegen betrug 63, die Zahl der Krankenwochen ließ sich nicht genau feststellen, ist jedoch sehr hoch. 82 Erkrankungen waren aus Unfällen zurückzuführen; 15 Kollegen erhalten gegen Verschmälterungen ihrer Glieder eine kleine Unfallrente. In sanitärer Beziehung bleibt in den Werkstätten viel zu wünschen übrig; Ventilation sehr schlecht, besser gefügt gar nicht. Wirkliche Schutzvorrichtungen sind sehr wenig vorhanden, die vorhandenen zum Theil nicht vorchriftsmäßig. Die Fragen 12 bis 15 konnten nicht rechtzeitig beantwortet werden, weil wir uns zur Zeit in der Krise befinden. Jugendliche Arbeiter nicht nur (H) 10 zu verzeichnen. Arbeiterinnen werden von zwei Fabriken beschäftigt, in einer beträgt die Zahl derselben 19. Man verwendet sie zur Behebung der Maschinen zur Anfertigung von Absatzstücken. Von den 62 Fabriken, die sich an der Statistik beteiligten, haben 16 Kündigung und 40 keine; die übrigen haben die Frage nicht beantwortet. Kabinordnungen (diese sind hammerregend) haben 20 Fabriken; 39 haben keine, die übrigen Fabriken blieben die Antwort schuldig; Arbeitsräume zählen die 62 Fabriken 107; mit 648 Maschinen; die niedrigste Zahl der Maschinen einer Fabrik in 2, die höchste 23.

25 „Arbeitgeber“ gehören der Holzindustriellen Vereinigung, 2 der Tischlerinnung an. Die übrigen haben die Frage 25 nicht genügend ausgefüllt. Im allgemeinen liegen die Kollegen über zu wenig Lohn und lange Arbeitszeit, andere über zu große Verlängerung der Arbeitszeit. Die Frage 29 hat viele drastische Bemerkungen zur Folge gehabt; wir lassen hier einige folgen: In vielen Fällen ist kein einziger Nieren verschalt, ferner gehen sie nicht nebeneinander; wie leicht kann sich dadurch ein Unfall ereignen. Die Nieren sind gestift, aus Stücken zusammengesetzt, und können während des Ganges der Maschinen sich auflösen. Ein Theil der Maschinenarbeiter muß nach Feierabend oder am Sonntag die Instandhaltung der Maschine unentgeltlich besorgen. Leider sind gerade diese Kollegen zur Organisation nicht zu bewegen. In vielen Fällen sind Verletzungen in den Komitees, welche die Aufsicht über die Arbeiter führen und alles zur sofortigen Meldung bringen müssen.

Die Agitations-Kommission.  
J. A. Kollege Stein.

Der Streik der Schuhmacher in Gehlhäusen ist durch Vergleich beendet.

Die Modellreue und Glöbldhauer des Ateliers Szabo in Pest freuten seit 1. Oktober und ersuchen alle Kollegen, nicht bei jener Firma in Arbeit zu treten. Es handelt sich um die Einführung des von der Pestler Gewerkschaft jenes Gewerbes geordneten stündigen Normal-Arbeitstages.

Aus dem Reichs-Versicherungsamte. Durch eine herabgehende Forderung des Bergmann D. aus Gottesberg gegen die Wand des Schwachs gedrückt und an dem Kopf schwer verletzt worden. Er erblindete infolge dessen auf dem rechten Auge vollständig, und außerdem war ein Kieferknochen in die

Wunde übergegangen. Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft legte die dem D. zukommende Rente auf 75 pCt. fest, erließ demnachst aber an denselben einen Befcheid, in welchem er aufgefordert wurde, sich den erkrankten Knochen herausnehmen zu lassen, da hierdurch nach dem Gutachten des Knappschaftsarztes eine wesentliche Besserung in dem Zustande und somit auch eine Vermehrung der Erwerbsfähigkeit erzielt werden könne. D. erklärte hierauf, daß er sich nicht für verpflichtet halte, sich einer derartigen Operation zu unterziehen, und daß er es ablehne, dies zu thun. Die Berufsgenossenschaft setzte hierauf mit Rücksicht auf diese Weigerung die Rente auf 50 pCt. herab, weil der hierüber hinausgehende Grad der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht mehr als eine Folge des Unfalls, sondern des Verhaltens des Verletzten angesehen werden müsse. Dieser legte Berufung ein, wurde von dem Schiedsgericht zu Waldenburg aber abgewiesen. Er erhob Rekurs und ließ sich zur Begründung desselben von Professor Magnus in Breslau ein Attest ausstellen, in welchem der Erfolg der gesforderten Operation als sehr ungewiß und problematisch hingestellt wurde. Das Reichs-Versicherungsamte erachtete die Beschwerde für begründet und verurtheilte am 28. September die Berufsgenossenschaft zur Weiterzahlung der Rente von 75 pCt. Der Gerichtshof führte begründend aus, daß der Kläger nicht verpflichtet sei, sich einen operativen Eingriff in seine körperliche Integrität gefallen zu lassen, der einerseits mit Gefahr verbunden sei, andererseits eine sichere Gewähr des Erfolges nicht biete. („Breslauer Volksblatt.“)

Abfluß der Landarbeiter nach den Städten stellt auch der dieser Tage erschienene 1891er Jahresbericht des General-Komitees der bayerischen Landwirtschaftlichen Vereine wieder fest, obwohl hier und da infolge der Krisis der Industrie die Ueberfiedelung der Ländler in die Städte etwas nachgelassen habe.

Auch dem Fiskus beginnt die Sachsendgerei Bauharrinnen zu verursachen. Die Spaten pflügen schon längst von den Dächern, daß die in den staatlichen Forsten beschäftigten Arbeiter sehr niedrig bezahlt werden, wenn auch vielleicht etwas besser als ihre Kollegen von den Privatwaldungen. Oben merkt man erst jetzt, daß durch den Fortzug geschulter Waldarbeiter den Forstverwaltungen „mitunter große Verlegenheiten“ entstehen. Deshalb ist, wie die „F. A.“ erfährt, vom Ministerium angeordnet worden, den Einwohnern der Wald-dörfer in den Forsten mehr als höher Grundstücke zu möglichen Pachtwesen zu überlassen, um sie fester an die Heimath zu binden. — Wir machen in unserer sozialdemokratischen Anzeigenspalte auf ein viel einfacheres und ausgiebiger helfendes Mittel aufmerksam. Man bringe die Löhne der staatlichen Arbeiter auf diejenige Höhe, welche sich für die „Musteranhalten“ des Staates schickt; man verleihe nach gleichem Gesichtspunkte den Arbeitstag und behandle die Arbeiter mit kollegialer Freundlichkeit, so wird es dem Fiskus an Arbeitern nicht mangeln und die sozialdemokratische Presse wird sich mit großem Vergnügen der Mühe unterziehen, da an die staatlichen Betriebe den Privatunternehmern als Muster anzuschauen. Jetzt ist das unmöglich, denn die staatlichen Betriebe werden jetzt nach keinen arbeitserfreundlicheren Grundgesetzen verwaltet, als die Privatbetriebe. Wie es mit der Arbeitserfreundlichkeit steht, die in den letzteren gebräuchlich, darüber geben die Witten in Sachen Kühnemann-Berlin und Reinhardt-Etaphur genügend Auskunft.

Gegen den Beschluß der Leipziger Ortskrankenkasse, wonach für die ersten drei Tage der Krankheit Unterstützung nicht mehr gewährt wird, sprachen sich die Mitglieder dieser Kasse in einer Protokollversammlung entschieden aus. Zu der angenommenen Resolution heißt es, daß durch die Einführung der dreitägigen Karenzzeit nicht die Simulanten, sondern vielmehr die wirklichen Kranken getroffen würden; die dadurch gewonnenen Mittel würden den Bedarf erheblich übersteigen. Die Versammlung erwartete, daß die Aufsichtsbehörde der Maßregel die Verrichtung verweigere, umso mehr, als die wirtschaftliche Lage der Mitglieder die denkbar ungünstigste sei. — Mit der in Rede stehenden Rückwärtsrevision hat die Leipziger Ortskrankenkasse einfach ihr Ansehen geschmälert. Früher konnte man sie als eine passabel humane Kasse bezeichnen.

Bedingungslose Abschaffung des Schulgeldes in der Volksschule beschloß einstimmig der Bürgerausschuß der Stadt Pforzheim.

Gute Antwort auf eine Unternehmerrüge. Der Wiener Bauarbeiter-Ausschuß richtet an die arbeitslosen Bauarbeiter Wiens folgenden Aufruf: „Der Herr Stadt-Baudirektor Berger hat der Kommission für Verkehrsanlagen mitgeteilt, daß die Unternehmer der städtischen Bauten, nicht in der Lage seien, eine ausreichende Anzahl von Arbeitssuchenden zu finden.“ Der Herr Stadt-Baudirektor hat also Arbeit zu vergeben und findet keine Bauarbeiter! Arbeitslose, die Ihr seit Monaten hungert, nun habt Ihr Gelegenheit, Arbeit zu finden. Wir empfehlen Euch also, Euch täglich früh im Depot des Stadt-Bauamtes, I. Am Hof Nr. 10 (im Gebäude der städtischen Feuerweh) einzufinden; dort ist Arbeit zu bekommen!“ —

Danach kann der Herr Stadt-Baudirektor Berger sein blaues Wunder erleben, wenn er an die Lage der Unternehmer selber geglaubt haben sollte. Es gehört freilich zum System der Bourgeoisie, zu behaupten, daß in ihrer furchtbaren Weltordnung Tausende und Abertausende keine Arbeit haben.

## Versammlungen.

Im Allgemeinen Arbeiterverein sämtlicher Berufs-zweige Berlins und Umgegend sprach am 9. Oktober Herr Silberberg über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Er erntete allgemeinen Beifall. In der Diskussion bemerkte Frau Fahrenwald, wie notwendig es ist, daß sich auch die Arbeiterinnen einer Organisation anschließen. Dieselbe Rednerin theilte dann mit, in einer hiesigen Fabrik wären durch die Erfindung einer Maschine 28 Mädchen brotlos geworden. Es seien dort im ganzen 28 Arbeiterinnen beschäftigt gewesen. Diese 28 Mädchen hätten in 14 Tagen soviel Arbeit geleistet, wie die neue Maschine jetzt in einem Tage. Die 28 Entlassenen seien langjährige Arbeiterinnen der Fabrik, zum Theil auch schon alt, und wüßten nun nicht, wovon sie leben sollen, da sie nicht so leicht mehr Arbeit bekämen. Herr Sieben berichtete, daß in einer Chokoladen-Fabrik Arbeiter entlassen wurden, weil sie dem Verbände angehören, man suchte in der betreffenden Fabrik alles Mögliche heraus. So sei z. B. ein Mann, der 22 Jahre dort gearbeitet hat, entlassen worden, weil er nicht das Fenster geschlossen habe. Zwei Arbeiterinnen seien entlassen worden, weil sie 1 Minute über die Zeit“ gebraucht hätten, ihre Rothdurst zu verriechen. Herr Silberberg beglückwünschte hieran ein Mitglied des Vereins, Frau Lorenz, welche Dame am 8. Oktober ihre silberne Hochzeit gefeiert hat und ermahnte die jungen Genossen und Genossinnen, so tapfer und mutig zur rothen Fahne zu halten, wie

